

Antifa ist Faschismus im Namen des Antifaschismus

Antifa verbieten!

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Wenn die Antifa aufmarschiert, bleiben verletzte Polizisten, brennende Häuser und eingeschüchterte Bürger zurück. Wer Gewalt als politisches Werkzeug nutzt, gehört in einem Rechtsstaat verboten.



In Bern endete eine unbewilligte Gaza-Demo in einer Gewaltorgie mit verletzten Polizisten und demolierten Fassaden, in Zürich und Basel lieferten sich verummumte Antifa-Gruppen Strassenschlachten mit der Polizei, in mehreren Städten wurden Autos von Politikern angezündet, Säle beschmiert und Veranstaltungen angegriffen.

Ich selber habe gesehen, wie Antifanten von einem Hausdach aus versuchten, Schachtdeckel auf friedliche Demonstranten zu schmeissen. Und sogar bei uns im Thurgau gab es Morddrohungen.

Antifa ist eine Methode, keine Meinung

Es wird Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen: Antifa basiert auf Gewalt, Einschüchterung und systematischer Behinderung der Meinungsfreiheit. Unter Antifa-Fahnen tritt niemand auf, um zu diskutieren. Es geht darum, Auftritte unliebsamer Referenten zu verunmöglichen, Säle zu blockieren, Besucher einzuschüchtern, Polizeiketten anzugreifen und hinterher alles als «notwendigen Widerstand» zu verklären. Kurz: Antifa ist Faschismus im Namen des Antifaschismus.

Die Politik schläft

Juristisch tut die Politik so, als seien ihr die Hände gebunden: Die Antifa sei keine Organisation, sondern ein loses Netzwerk. Und es fehle ein Uno-Beschluss. Mit Verlaub: Nur weil die Antifa weder Vereinsversammlungen abhält noch eine Buchhaltung führt soll man sie nicht verbieten können? Mit dem Verbot von Al-Qaida und IS hat der Bund bereits gezeigt, dass er extremistische Organisationen ausdrücklich verbieten und ihre Unterstützung strafbar machen kann. Die Instrumente sind vorhanden, sie werden einfach nicht angewendet, wenn es um Gewalt von links geht.

Das Recht gibt mehr her, als die Politik zugibt

Ein Antifa-Verbot ist ein Schutzprogramm für Rechtsstaat und Grundrechte. Verboten werden sollen nicht abstrakte «Antifaschisten», sondern klar bestimmbare, gewaltorientierte Antifa-Strukturen: Gruppen mit Namen, Symbolen, Kommunikationskanälen und nachweisbarer Beteiligung an Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung und Angriffen auf Polizei und politische Gegner. Mitgliedschaft, Finanzierung, logistische Unterstützung und Propaganda könnten wie bei terroristischen Organisationen unter Strafe gestellt werden, flankiert von kantonaler verschärften Vermummungsverboten,



Beim Restaurant Della Casa unweit des Bahnhofs Bern setzten die Demonstranten Mobiliar in Brand

Rayonsverboten und konsequenter Kostenüberwälzung bei Krawallen.

Wer die Antifa laufen lässt, schwächt den Rechtsstaat. Ein Staat, der friedliche Demonstranten, Vereine und Bürger immer stärker reguliert, aber vor verummumten Antifa-Kommandos einknickt, macht sich unglaublich. Wenn die Schweiz es ernst meint mit Meinungsvielfalt und Rechtsstaat, führt kein Weg daran vorbei, die Antifa als das zu behandeln, was sie ist: eine extremistische Gewaltstruktur, die verboten werden muss.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Erfolgsmeldung: Die Abfall-«Produktion» pro Haushalt hat zwischen dem Jahr 2000 und 2025 hierzulande fast gar nicht zugenommen. Aber – wie merkwürdig: Trotzdem fielen im laufenden Jahr 1'300'000 Tonnen mehr Abfall an als im Jahr 2000 – für dessen Abtransport rund hunderttausend Lastwagenfahrten mehr als im Jahr 2000 erforderlich waren.

Wieso denn das? Ach so: Die Zahl der Bewohner – Folge der Masseneinwanderung – hat seit 2000 massiv zugenommen. Zu denen, die das Anwachsen der Abfallberge am lautesten beklagen, gehören zweifellos die Grünen. Zu denen, die täglich die uneingeschränkte Zuwanderung bejubeln, gehören auch die Grünen. Ist eigentlich jeder Grüne mit zwei Gehirnen (oder aber gar keinem) auf die Welt gekommen?

us